

Aktuelle Hauptstadtinfos

Plenarwoche vom 06.06. – 10.06.2011



SPD

Inhalt

1. **Angela Merkel spielt sich als Erfinderin der Energiewende auf**
2. **Bundeswehrmandate im Kosovo und im Libanon**
3. **Eurostabilität**
4. **Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts**



Was Anti-Atomkraft-Bewegung und deutsche Sozialdemokratie schon lange wussten...

Das Atomausstiegsgesetz ist ein „Irrtumsbereinigungsgesetz“ - Angela Merkel spielt sich als Erfinderin der Energiewende auf!

Mit viel Pathos und Unaufrichtigkeit versuchte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung die „Rolle Rückwärts“ der Koalition zum Atomausstieg zu vertuschen.

Für Rot-Grün war es natürlich ein großer Tag und durchaus auch Genugtuung, denn wir erinnern uns noch sehr gut, mit welchen Hetztiraden wir vor 10 Jahren von Schwarz-Gelb durch die Landschaft gejagt wurden, weil wir den Atomausstieg wollten und auch durchgesetzt haben. Rot-Grün, aber auch die Gesellschaft waren immer schon weiter als die Konservativen. Nun, 10 Jahre später und nach dem dramatischen Supergau in Fukushima wird endlich das Merkelsche „Irrtumsbereinigungsgesetz“ vorgelegt.

Wir bieten der Regierung gern eine Zusammenarbeit an, um den energiepolitischen Grundkonsens in Deutschland, der von CDU/FDP im Oktober 2010 zerstört wurde, wieder herzustellen. Aber nicht um jeden Preis.

Zum Beispiel muss das Potential zum Ausbau der Erneuerbaren voll ausgeschöpft werden. Beim EEG müssen insbesondere auch die dezentralen Erneuerbaren gefördert werden und nicht nur die großen Konzerne die Profiteure sein.

In den nächsten Wochen wird es viele Fachrunden und Gremiensitzungen zur Energiewende geben. Am 15. Juni endet auch das dreimonatige Atom-Moratorium und wir wissen bereits jetzt, dass die acht stillgelegten Meiler nicht wieder ans Netz gehen werden. Ende des Monats wird es dann voraussichtlich die 2. und 3. Lesung des Energiepakets im Bundestag geben. Am 8. Juli soll die Länderkammer tagen und das Gesetzpaket (bestehend aus Regelungen zum Atomausstieg, dem Netzausbau und natürlich aus Beschlüssen zu den Erneuerbaren Energien) wird vorgelegt, sodass das neue Atomgesetz dann schnellstmöglich in Kraft treten kann. Dementsprechend werden auch wir entscheiden, welchen Gesetzen wir zustimmen können. **Für uns gilt: Der Ausstieg muss endgültig erfolgen und dort wo Energiewende drauf steht – müssen auch Erneuerbare drin sein.**

Wer sich die sehr gute Rede von Frank-Walter Steinmeier zum Energiekonsens noch einmal im Detail anhören und ansehen möchte, kann dies unter folgendem Link tun:

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?legislativePeriod=17&conference=114&agendaItemNumber=2&speechNumber=3&action=search&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&mask=search&destination=search&contentArea=commom&isLinkCallPlenar=1>

Wir haben für Euch hier schon einmal einen Auszug aus der Rede notiert:

Es ist ... ein Gebot der Vernunft, die Energiepolitik, insbesondere die Kernenergiepolitik, in der Bundesrepublik ... von Grund auf neu zu überdenken.

... Die Nutzung der vorhandenen Kernkraftwerke ist nur noch für eine Übergangszeit zu verantworten.

„Das ist ein Zitat aus der Rede von Hans-Jochen Vogel vom 14. Mai 1986, drei Wochen nach der Katastrophe von Tschernobyl.

Es hat 25 Jahre, genau ein Vierteljahrhundert, gedauert, bis die heutige Regierung und die Regierungsparteien an diesem Punkt angekommen sind. Das ist eine bemerkenswerte Lernkurve, Frau Merkel. Dazu gratuliere ich.“

Frank-Walter Steinmeier

Bundeswehrmandate im Kosovo und im Libanon

Die Bundeswehr steht zurzeit besonders wegen der Abschaffung der Wehrpflicht und ihrem Einsatz in Afghanistan im Fokus des Interesses. In dieser Woche entscheidet das Parlament, ob das seit 1999 laufende KFOR-Mandat der NATO im Kosovo um ein Jahr verlängert werden soll sowie über die Verlängerung des seit 2006 bestehenden UN-Mandats UNIFIL im Libanon.



Die SPD stimmt der Verlängerung des KFOR-Mandates zu. Von ursprünglich 55.000 NATO-Soldaten leisten mittlerweile lediglich noch 5.500 ihren Dienst. Davon sind noch 1.000 Bundeswehrsoldaten im Einsatz. Gestiegen ist hingegen die Anzahl von Richtern, Staatsanwälten und Polizisten, die im Rahmen der EU-Rechtsstaatsmission EULEX zum Einsatz gebracht werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen die

Reduzierung des militärischen Engagements und die verstärkte internationale Konzentration auf politische Herausforderungen im Kosovo.

Auch der Verlängerung des UNIFIL-Mandats im Libanon werden wir zustimmen. Hintergrund für die Zustimmung zu dem Mandat ist unser strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Mittlerweile zielt der Einsatz vorwiegend auf die Ausbildung libanesischer Streitkräfte ab und wir werden einer Verlängerung um ein weiteres Jahr zustimmen um die Stabilisierung der Region weiter zu unterstützen.

Eurostabilität

Griechenland hat sich einen harten Sparkurs auferlegt, dennoch muss die Europäische Union dem Land erneut finanziell unter die Arme greifen. von selbst verstehen, dass auch Griechenland dabei sind. Sparkurses, den die Griechen darf man sich fragen, welche unseres europäischen Nachbarn Euroraum für die Zukunft



Als gute Nachbarn sollte es sich die Deutschen bei den Hilfen für Dennoch, trotz des sehr harten sich verordnet haben, muss und Konsequenzen die Beinahe-Pleite und die Schuldenkrise im bedeuten.

Eins wird immer klarer: Jede dauerhaft tragfähige Lösung erfordert zwingend die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Wir haben der Finanzhilfe zugestimmt, da Griechenland in einer Notsituation ist und die Solidarität der europäischen Nachbarn braucht. Das griechische Volk und insbesondere die Menschen mit unteren und

mittleren Einkommen leiden sehr unter der Krise und dem verordneten Sparpaket. Aber auch private Gläubiger müssen haften. Weiterhin erwarten wir von der Europäischen Union und unserer Bundesregierung, dass sie aufzeigen, wie den Menschen in Griechenland dauerhaft geholfen werden kann. Eine Akzeptanz für weitere harte Sparkurse wird nur zu erreichen sein, wenn den Menschen Zukunftsperspektiven signalisiert werden.

Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht

Am Freitag dieser Woche wurde der Gesetzesentwurf zur „Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts“ in erster Lesung im Plenum beraten. Wir lehnen den Entwurf, wie auch die kommunalen Spitzenverbände, die Gewerkschaft ver.di und die Umweltverbände und besonders der Bundesrat, ab, weil der Entwurf massiv private Entsorgungsunternehmen bevorzugt.



Die SPD spricht sich ganz klar für die Zuständigkeit der Kommunen, bezogen auf den gesamten Hausmüll und gegen eine Ausweitung der gewerblichen Sammlung aus. Wir sind für die Einführung einer Wertstofftonne in kommunaler Zuständigkeit, aber dabei sind die Gegebenheiten vor Ort zu berücksichtigen.

Wie geht es weiter?: Der heftig diskutierte Gesetzentwurf wurde bereits mehrfach geändert und soll im Herbst 2011 dann in 2. und 3. Lesung im Bundestag verhandelt werden. Danach muss das deutsche Gesetz auch das sogenannte Notifizierungsverfahren seitens der EU-Kommission in Brüssel durchlaufen. Die SPD wird nicht locker lassen und weitere Verbesserungen fordern. Die Neuordnung des Abfallrechts in Deutschland muss für die Kommunen, und damit auch für die Gebührenzahler, zu einem bestmöglichen Abschluss kommen.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia